

Anzeiger für Harlingerland

Ostfriesisches  Tageblatt Gegründet 1862

DONNERSTAG, 15. JULI 2010

WWW.HARLINGER.DE

Land soll Raumordnungsverfahren übernehmen IVG Grüne sehen die Notwendigkeit der Kavernenerweiterung nicht

HORSTEN/BUM – Die Grünen-Fraktion im Landtag beschäftigt sich bereits seit längerer Zeit mit der Kavernenerweiterung zwischen Marx, Etzel und Horsten. Gestern besuchten die Landtagsabgeordneten Ina Korter und Christian

Meyer sowie der stellvertretende Parteichef Hans-Joachim Janssen das Kernteam der Bürgerinitiative „Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx“ um deren Vorsitzenden Franz Kreutzburg in Horsten und bezogen Stellung zu der um-

strittenen Kavernenerweiterung von 144 auf 234 Stück.

In einem Brief hat die schulpolitische Sprecherin der Grünen, Ina Korter, die zuständige Landesministerin Astrid Grotelüschen aufgefordert, als oberste Behörde das

Raumordnungsverfahren vom Landkreis Wittmund zu übernehmen. Gleichzeitig stellte Christian Meyer, Grünen-Sprecher unter anderem für Naturschutz und Landwirtschaft, die Notwendigkeit des Ausbaus infrage. → SEITE 11

DONNERSTAG, 15. JULI 2010

FRIEDBURG - WIESMOOR

NR. 162 - SEITE 11

Der Kreistag soll eingreifen

IVG Bürgerinitiative und Grüne fordern Umweltverträglichkeitsprüfung

Übernimmt das Land das Raumordnungsverfahren, dann ist die UVP garantiert.

VON HELMUT BURMANN

HORSTEN – Grüne und die Bürgerinitiative (BI) „Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx“ sind nicht damit zufrieden, dass die raumordnerische Beurteilung für das Kavernenprojekt der IVG AG im Südkreis – Erweiterung um 90 Anlagen und Bau von bis zu zehn Gasverdichterstationen – weiterhin beim Landkreis Wittmund liegt und von Landrat Matthias Köring „zur Chefsache erklärt“ worden ist. Als oberste Raumordnungsbehörde soll das Land Niedersachsen die Entscheidung übernehmen. Grünen-MdL Ina Korter hat die zuständige Ministerin Astrid Grotelüschen in einem Schreiben dazu aufgefordert und erwartet in Kürze eine Antwort.

Der gravierende Vorteil aus Sicht der BI und der Grünen ist: Wenn das Land die Aufsicht übernimmt, werde es auf jeden Fall die von ihnen geforderte Umweltverträglichkeitsprüfung geben. Auch habe das Land Einwände stärker zu berücksichtigen.

Doch selbst Gemeinde und der Kreistag könnten auf das Raumordnungsverfahren einwirken, falls die Zuständigkeit beim Landkreis Wittmund bliebe, betonte der stellvertretende Grünen-Landesvorsit-



BI-Chef Franz Kreutzburg erklärt MdL Ina Korter, Grünen-Kreisvertreter Jürgen Scheidweide, MdL Christian Meyer und Vize-Parteichef Hans-Joachim Janssen die Situation vor Ort. BILD: BURMANN

zende Hans-Joachim Janssen in Horsten. Kommunalpolitiker könnten sich also einbringen. MdL Christian Meyer, Grünen-Sprecher für Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Gentechnik, Tierschutz und Ländlicher Raum, will im Ausschuss eine Aktenvorlage einbringen. Er fragt sich obendrein, was denn mit Störfällen, Lärm und Landschaftsbildern sei. Zudem hält Meyer die Erweiterung der Kavernen von 144 auf 234 im Zeichen erneuer-

barer Energien gar nicht für erforderlich. Dahinter stecken für ihn rein wirtschaftliche Interessen.

BI-Sprecher Franz Kreutzburg betonte noch einmal, dass die Bürgerinitiative die Erweiterung mit aller Macht verhindern wolle. Zudem werde man den Kreistag auffordern, aktiv zu werden. Er räumte jedoch ein, dass die Firmen schon geringfügig auf Proteste reagiert und die Licht- und Lärmbelastigung zurückgefahren hätten.

Für Ina Korter passen obendrein Tourismus und Kavernenanlage nicht zusammen. Hinzu komme bei diesem Milliarden-Projekt die hohe CO₂-Belastung durch die Verdichteranlagen und die Verunreinigung des Jadebusen durch stark salzhaltige Sole. Und natürlich die Senkungsprognose. Bei Zugrundelegung von 70 Kavernen könnte das Erdreich im Raum Horsten, Etzel und Marx theoretisch in 35 Jahren bis zu 1,5 Meter absinken.

Grüne unterstützen Protest

KAVERNEN Besuch bei der „Bürgerinitiative Lebensqualität“

HORSTEN/ML – Unterstützung bei ihren Protesten gegen den Bau weiterer Kavernen und Verdichteranlagen im Bereich Horsten/Etzel/Marx erhält die „Bürgerinitiative Lebensqualität“ von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag.

Gestern waren deren stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Joachim Janßen, Agrarpolitik-Experte Mdl. Christian Meyer, und die für den Landkreis Wittmund zuständige Abgeordnete, Mdl. Ina Korter, gemeinsam mit Wiegbert Mecke und Jürgen Scheidweiler vor Ort. Sie informierten sich über das Ausmaß der durch den Kavernenbau entstehenden Schäden und Gefahren für die Region. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Franz Kreuzburg, und seinem aus weiteren acht Mitgliedern bestehenden Kernteam wandten sie sich danach an die Öffentlichkeit.

Kreuzburg erklärte, man habe auch die anderen politischen Parteien um Hilfe gebeten, bisher aber kaum ein Echo gefunden.

Ina Korter bedauerte, dass eine Große Anfrage der Grünen-Fraktion an die Landesregierung, in der es um die Salzeinleitung aus Etzel in die Nordsee gehe, noch nicht beantwortet wurde. Der Bau der Kavernen und Verdichteranlagen habe negative Auswirkungen für die Menschen und die Landschaft, betonte sie. In einem Brief an Landwirtschaftsministerin Astrid Grottelüschen fordere sie, wegen der Probleme für die Landkreise Wittmund, Friesland und die Stadt Wilhelmshaven durch den Kavernenbau de-



Franz Kreuzburg informierte die Grünen-Politiker (v.l.) Ina Korter, Jürgen Scheidweiler, Christiane Mayer und Hans-Joachim Janßen über die Bürgerinitiative. WZ FOTO: GABRIEL JÜRGENS

ren Raumordnungsverfahren auf Niedersachsen-Ebene zu verlagern und die dringend notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung zu veranlassen.

Bei einer Bewegung von drei Milliarden Kubikmeter Erde seien künftige Bodenabsenkungen und Störfälle bis zum Gasaustritt und zu Bränden nicht auszuschließen, sagte Mdl. Christian Meyer. Man müsse auch den tatsächlichen Bedarf der Kavernen hinterfragen. Die Gasspeicher würden nur den wirtschaftlichen Interessen großer Firmen dienen und nicht wirklich notwendig sein. Die Kommune und der Landkreis hätten Möglichkeiten, politisch einzugreifen, auch wenn in der Öffentlichkeit ein gegenteiliger Eindruck bestehe, fügte Mdl. Janßen hinzu.

Man wolle die Erweiterung um 90 zusätzliche Kavernen verhindern und Belästigungen durch Geräusche und Licht bei den schon vorhandenen eindämmen, forderten die Mitglieder der Bürgerinitiative.

Der Marxer Ortsvorsteher Arthur Engelbrecht (CDU) habe als Kreistagsabgeordneter beantragt, dass sich der Kreistag in Wittmund mit dem Problem befasse. Bisher habe Landrat Matthias Köring Entscheidungen über das 4,5 Milliarden-Projekt allein gefällt. Befürchtet werde, dass der Kavernenbau die Planungen und die bauliche Entwicklung der Gemeinde enorm einschränke und Baugrundstücke nicht mehr gut zu vermarkten sind. Außerdem seien Enteignungen nicht ausgeschlossen, da hier das Bergrecht gelte.